

# idea Spektrum

Das Wochenmagazin Informativ. Bewegend. Christlich.

Der Islam weckt auf.  
Kirchenrechtler Martin Griching  
erklärt, warum das Verhältnis  
zwischen Kirche und Staat  
überdacht werden muss.

Seite 8



„Gefragt ist der politische,  
mündige Christ,  
nicht der politisierende Hirte“

**4 Medien** Wie sich „Der Beobachter“ vertan hat | **7 Presseschau** Das leise Staunen über ein österliches Pressewunder | **12 Interview** Artur Siegert: „Gott will Wachstum“  
**22 Zeitgeschichte** Das umstrittene Erbe der 1968er

# Kirche und Staat



## Liebe Leserin, lieber Leser

Ein Katholik auf der Titelseite von *ideaSpektrum*? Ja, aber nicht, weil wir die römisch-katholische Kirche umarmen wollen! Es geht uns um ein Thema, das Generalvikar Martin Grichting in seinem Buch „Im eigenen Namen, in eigener Verantwortung“ behandelt. Er liefert einen kompakten Diskussionsbeitrag zum Thema Religion und Staat. Dass sein Buch vom fontis-Verlag herausgegeben wird, deutet auf die Relevanz des Themas auch ausserhalb des katholischen Kontextes hin.

Globalisierung und Digitalisierung führen zu einer weltanschaulichen Durchmischung der Gesellschaft. Für den Staat wird es anspruchsvoller, die Meinungs- und Glaubensfreiheit zu schützen. Wie passt eine Glaubensgemeinschaft, die sich an absolute Wahrheiten hält, in einen Rechtsstaat, der für ein Nebeneinander unterschiedlichster Weltanschauungen steht? Grichtings Vorschlag zielt innerhalb der katholischen Kirche darauf ab, dass sich die Kirchenhierarchie auf ihren Kernauftrag der Verkündigung und Seelsorge fokussiert, während die Kirchbürger sich ihrem Gewissen gemäss in den politischen Alltag einbringen.

Der Anstoss zu dieser Diskussion kommt von aussen. Der Islam kennt keine kirchenähnlichen Strukturen. Er manifestiert sich im Gemeinwesen. Wie verträgt sich eine solche Verflechtung mit dem demokratischen Rechtsstaat? Die islamischen Gemeinschaften sind gefordert, ihre Haltung zu deklarieren. Das gilt für Christen genauso. Wie ist es möglich, zum säkularen Rechtsstaat mit seinen demokratischen Grundregeln zu stehen und gleichzeitig an absoluten Glaubenswahrheiten festzuhalten? Was bedeutet es, „dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“?

Die komplexen Themen um Religion und Staat gewinnen in unseren Tagen an Brisanz. Ein Beispiel aus dem Berner Grossen Rat: Eine Motion forderte, alle islamischen Prediger im Kanton zu überwachen. Das heisst, ihre Predigten abzuhören und ihr Leben unter die Lupe zu nehmen. Bei Anzeichen von Radikalismus, Hass oder Sozialmissbrauch sollten sie sofort ausgeschafft werden. In der Diskussion waren sich selbst die im Rat als bekennende Christen bekannten Köpfe uneins. Am Ende wurde die Motion entschärft und als Postulat formuliert.

Kontrollen verschärfen oder Freiheit verteidigen? In diesem Spannungsfeld ist Weitsicht gefragt. Klar, es geht um den Islam. Doch wenn der Staat eine systematisch vorgehende „Religionsspolizei“ aufbaut, dann gerät die Glaubensfreiheit generell unter Druck.

Rolf Höneisen

# BIBLISCH

Er aber, unser Herr Jesus Christus, und Gott, unser Vater, der uns geliebt und uns gegeben hat einen ewigen Trost und eine gute Hoffnung durch Gnade, der tröste eure Herzen und stärke euch in allem guten Wort und Werk.

2. Thessalonicher 2,16 und 17

Diese zwei Verse beinhalten für mich das ganze Evangelium. Wir sind geliebte Kinder des ewigen Vaters. Wir haben einen unverdienten, von den Umständen unabhängigen, ewigen Trost – egal wie furchteinflössend die Zukunft aussehen mag. Ich habe Hoffnung, mein Herz wird getröstet und gestärkt. Mit dieser ermutigenden Gewissheit bin ich täglich im Dienst für meine Mitmenschen und für unsere Stadt. Wir sind aufgefordert, aufbauende Worte zu sprechen und gute Werke zu tun. Beide gehören unzertrennlich zusammen!



Mark Eberli ist Stadtpräsident von Bülach und Unternehmer im internationalen Handel. Er wohnt in Bülach ZH.

## Impressum Idea Schweiz

**Herausgeber:** Idea Information AG, 4410 Liestal  
**Verwaltungsrat:** Heiner Henny, Präsident, Paul Beyeler, Hans Lendi, Helmut Matthies, Peter Schneeberger, Eric Sollberger Matthias Spiess, Andrea Vonlanthen

**Ideelle Trägerschaft:** Schweizerische Evangelische Allianz (SEA), Verband Evangelischer Freikirchen und Gemeinden (VEG), Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Missionen (AEM)

**Redaktion:** Steinackerstrasse 4, 9214 Kradolf  
 Tel. 071 642 44 21, E-Mail: redaktion@ideaschweiz.ch  
 www.ideaschweiz.ch

**Redaktion:** Rolf Höneisen (rh, Chefredaktor), Christof Bauernfeind (chb), Helena Gysin (hg)  
 Redaktionelle Mitarbeiter: Mirjam Fisch-Köhler (mf), Rolf Frey (rf), Fritz Imhof (fi), Willy Zurbrügg (wz)  
 Verantwortlich für die internationalen Seiten: idea e.V., DE-35578 Wetzlar, Matthias Pankau

**Kundenberatung Anzeigen und Verlag:**  
 Jordi AG – das Medienhaus, Bruno Jordi, Aemmenmattstr. 22, 3123 Belp,  
 Tel. 031 818 01 26; Fax 031 819 38 54  
 E-Mail: inserate@ideaschweiz.ch, verlag@ideaschweiz.ch

**Aboservice:** Jordi AG – das Medienhaus, Shenja Graber, Aemmenmattstr. 22, 3123 Belp,  
 Tel. 031 818 01 20, Fax 031 819 38 54  
 E-Mail: abo@ideaschweiz.ch  
**Abopreise:** Jahresabo Fr. 154.–, Seniorenabo Fr. 127.–, Halbjahresabo Fr. 79.–.  
 Das Abo ist unter Einhaltung einer vierwöchigen Frist jeweils zum Bezugsende kündbar.  
 Einzelverkaufspreis: CHF 5.–  
 Konto: PC-Konto 40-788586-4  
 Idea Information AG, 4410 Liestal  
**Layout/Druck/Versand:** www.jordibelp.ch  
**Förderkonto:** Verein ideaFreunde  
 Postfinance, 3013 Bern, Konto-Nr. 61-911651-3  
 IBAN CH11 0900 0000 6191 1651 3  
 BIC POFICHBEXXX



gedruckt in der schweiz

# „Ob es die SRG braucht oder nicht, steht nicht in der Bibel“



Martin Grichting:  
„Problematisches Ineinander  
von Religion und Politik.“

**KIRCHE UND POLITIK** Es ist der Islam, der eine alte Frage neu aufwirft: Wie ist das richtige Verhältnis zwischen Religion und Politik, zwischen Glauben und Rechtsstaat? Der katholische Kirchenrechtler Martin Grichting leistet mit seinem Buch einen Beitrag zu einer Diskussion, die im weltanschaulichen Pluralismus unserer Zeit wieder geführt werden muss. Von Rolf Höneisen



*Herr Grichting, immer lauter wird gesagt, ohne Religionen gäbe es weniger Krieg. Wie antworten Sie?*

Allein Stalinismus und Nationalsozialismus haben als „Anti-Religionen“ zusammen wohl mehr Kriegstote verursacht als alle anderen Kriege der Menschheit. Der Mensch selbst hat leider die Neigung zur Gewalttätigkeit. Gefährlich sind deshalb alle Weltanschauungen und Ideologien, die diesem Hang eine Legitimation geben. Leider gibt es auch Religionen, die so etwas tun. Das Christentum zähle ich nicht dazu.

*Sie plädieren dafür, dass sich die Kirche auf ihren eigentlichen Auftrag besinnt und sich aus der Politik zurückzieht. Ist eine solche Kirche noch gesellschaftsrelevant?*

Ich sage, dass man bei „Kirche“ differenzieren muss. Sie ist Hierarchie (Papst, Bischof, Pfarrer) und Laien – getauft und gefirmt. Letztere sind auch Kirche. Und sie sollen sich sehr wohl politisch einbringen. Es geht also nicht um eine „unpolitische“ Kirche, sondern um eine Aufgabenteilung.

*Das heisst, Sie wollen keine politisierenden Hirten, sondern politisch individuell agierende Christen. Aber ohne klare Signale der Kirchenhierarchie wird die Basis individuell politisieren – allenfalls gegen ihren Willen ...*

Die Aufgabe der Hierarchie ist es, den Glauben und die damit zusammenhängenden Gebote zu lehren. Was deren Umsetzung in der Praxis angeht, gibt es sehr viele Fragen, die man als Christ so oder anders sehen kann. Ob es die SRG braucht oder nicht, steht nicht in der Bibel. Aber es gibt natürlich schon Fragen, die sehr direkt mit dem Glauben zusammenhängen. Dort sollen die Christen kohärent mit ihrem Glauben in der Politik wirken, etwa in der Frage der Abtreibung. Gottes Geschöpfe darf man nicht töten.

*Sie sagen, Säkularität sei ein religiöses Konzept. Das ist klingt paradox. Der Säkularismus formt sich ja die Welt scheinbar entspannt ohne Gott. Wie ist das zu verstehen?*

Es ist das Proprium von Judentum und Christentum, dass es eine der Offenbarung durch Gott – durch die Propheten und Jesus Christus – vorausgehende Schöpfungsordnung gibt. Diese hat ihre Bedeutung vor der Offenbarung und behält sie auch danach. Es gibt also eine Ordnung der Natur, die bereits mit der Schöpfung gegeben ist und die gut ist. Dazu gehört die Natur mit ihren Gesetzen, der Mensch mit seiner Würde, der Staat, die Wirtschaft und

## Beitrag zur Debatte um Religion und Staat



Ist eine Religionsgemeinschaft mit absoluten Glaubenswahrheiten kompatibel mit dem säkularen Rechtsstaat, der für einen Pluralismus der Anschauungen steht? Die Antwort auf diese Frage gewinnt mit Blick auf den Islam an Brisanz. Am Beispiel der katholischen Kirche, auf der Grundlage des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965), leistet Martin Grichting mit dieser Schrift einen aktuellen Beitrag. Durch Globalisierung und Digitalisierung nimmt die weltanschauliche Durchmischung von Positionen und Denkfiguren zu und polarisiert zunehmend. Wie kann eine Religionsgemeinschaft – in diesem Falle die katholische Kirche – klar zum säkularen Rechtsstaat sowie zu den demokratischen Grundregeln stehen und gleichzeitig an ihren absoluten Glaubenswahrheiten festhalten? Und was ist vom Einzelnen gefordert, der zugleich Bürger und Christ ist?

Martin Grichting: Im eigenen Namen, in eigener Verantwortung. Eine katholische Antwort auf den Pluralismus. Verlag fontis 2018. ISBN 978-3-03848-143-0.

## Martin Grichting

Martin Grichting, geboren 1967 in Zürich, studierte Theologie in Fulda, München und Rom. Nach der Priesterweihe im Jahr 1992 promovierte er 1996 in Rom in Kirchenrecht. 2006 wurde er in München im Fach Kirchenrecht habilitiert. Von 1998 bis 2006 arbeitete er als Pfarrer. Seit 2009 ist er Generalvikar des Bistums Chur.

 [www.bistum-chur.ch](http://www.bistum-chur.ch)

Kultur. Diese Sichtweise ist die Voraussetzung dafür, dass es so etwas wie Säkularität gibt, auch den säkularen Staat, welcher Teil der Schöpfungsordnung ist. Unsere Aufgabe als Christen ist es dann, diese von Gott geschaffene Wirklichkeit mit christlichem Geist zu erfüllen. Das ist die Sendung aller Christen.

### „Die Islam-Problematik gibt uns Gelegenheit, über das problematische Ineinander von Religion und Politik nachzudenken.“

*Sie betonen die Trennung von Kirche und Staat gemäss dem Jesuswort, dass sein Reich nicht von dieser Welt ist. Damit kratzen Sie gleichzeitig am Anspruch der römisch-katholischen Kirche, Landeskirche mit ihren entsprechenden Privilegien zu sein. Nehmen Sie das bewusst in Kauf?*

Wir werfen dem Islam vor, dass er Religion und Politik vermischt. Der Vorwurf ist grundsätzlich berechtigt. Ich frage mich allerdings, wie glaubwürdig er ist, wenn wir einerseits eine kirchliche Hierarchie haben, die sich mit ihrer religiösen Autorität in die Tagespolitik einmischt, und einen Staat, der die Kirche organisiert. Die Islam-Problematik gibt uns Gelegenheit, über das problematische Ineinander von Religion und Politik bei uns nachzudenken und nach besseren Lösungen zu suchen.

*Trotzdem fordern Sie für die katholische Kirche nach wie vor Sonderrechte, die künftig auch von der islamischen Gemeinschaft eingefordert werden könnten. Anders als zum Beispiel Freikirchen wollen Sie sich nicht mit dem Vereinsrecht begnügen. Warum nicht?*

Die Struktur einer Religionsgemeinschaft ist – auch im Falle der katholischen Kirche – Teil ihres Glaubensbekenntnisses. Die katholische Kirche ist strukturell weder eine Landeskirche noch ein Verein. Sie ist in Bistümer und Pfarreien gegliedert. Was wir uns wünschen, ist, dass diese Strukturen vom Staat Rechtspersönlichkeit erlangen. In vielen andern Ländern ist das so. Die Kirche geniesst dort korporative Religionsfreiheit, zum Beispiel in Italien. Dort

haben mittels Verträgen auch die Waldenser, die Baptisten und die Lutheraner eine rechtliche Anerkennung ihrer Rechtspersonen erlangt. Das ist auch kein Privileg, sondern einfach Anerkennung ihrer vom Glaubensbekenntnis geprägten Struktur.

*Sie plädieren auch für einen Kulturwechsel und sagen, die Kirche solle der Gesellschaft nicht mehr behelrend entgegentreten. Wie soll dieser Wechsel vor sich gehen, ohne die hierarchische Struktur zu verändern?*

Die Struktur muss sich nicht verändern. Sie ist sogar die Voraussetzung dafür, dass es eine Rollenteilung geben kann, die mit der pluralistischen Demokratie kompatibel ist: Die mit religiöser Autorität ausgestattete Leitung der Kirche soll den Glauben unverkürzt verkünden. Es ist dann Aufgabe der Laien als Bürger, im Rahmen ihrer Möglichkeiten in Gesellschaft und Politik dem Nachachtung zu verschaffen, was ihrem Glauben entspricht. So ist die kirchliche Hierarchie nicht mehr ein behelrendes Gegenüber, was heute ja besonders schlecht ankommt. Sondern die Kirche ist mitten in der Gesellschaft und Politik drin, durch den Laien, der allein und im Verbund mit anderen politisch aktiv ist, auf der Basis eines christlich gebildeten Gewissens.

*Wenn – wie Sie in Ihrem Buch schreiben – der „grundrechtsfundierte säkulare Staat die einzige Gewähr für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen ist“, – dann frage ich mich, welche Rolle die Friedensbotschaft des Christentums überhaupt noch spielt?*

Der Gegensatz zum grundrechtsfundierten säkularen Staat ist ein religiöser Staat. Dieser hat – sei er katholisch oder reformiert gewesen – immer Andersgläubige diskriminiert. Die Folgen waren Vertreibung und Kriege.

### „Es ist unsere Aufgabe als Christen, die von Gott geschaffene Wirklichkeit mit christlichem Geist zu erfüllen.“

Die Rolle des Christentums im säkularen Staat ist es, Voraussetzungen zu schaffen, die dieser nicht garantieren kann. Dazu gehört auch die Friedensbotschaft des Christentums, die Nächstenliebe, das Leben nach den Geboten Gottes. Die Institutionen des Staates können solche Voraussetzungen nicht hervorbringen. Deshalb braucht der Staat „vopolitische“ Kräfte wie christliche Gemeinschaften, die dafür besorgt sind. Wir haben auch im säkularen Rechtsstaat als Christen mehr als genug zu tun!

Vielen Dank für das Gespräch.



## PODIUMSGESPRÄCH ZUM THEMA „RELIGION UND POLITIK“ IN CHUR

# Kirche zwischen Wahrheit und Mehrheit

Es stimmt, was CVP-Präsident Gerhard Pfister sagte: Einen solchen Aufmarsch angesichts des Themas „Staat und Religion“ hätte es vor 15 Jahren nicht gegeben. Am 28. März war der Rittersaal im Churer Schloss voll. Blick-Chefredaktor Christian Dorer (43) moderierte ein Podium mit FDP-Präsidentin Petra Gössi (42), CVP-Präsident Gerhard Pfister (55), SVP-Nationalrat Gregor Rutz (45) und Generalvikar Martin Grichting (50).

Das historische Ambiente passte zum Thema. Die Geschichte des Amtssitzes des Bischofs reicht zurück ins Jahr 1272. Und das 1732 eingebaute monumentale Treppenhaus mit der verspielten Decke sowie der Rittersaal zeugen von einer Zeit, in der Altar und Thron, Kirche und Staat, dasselbe waren. Der Bischof war bis zur Französischen Revolution auch Fürst und damit weltlicher Regent. „Eine ungesunde Gemeinschaft“, stellte der Kirchenrechtler Martin Grichting, Generalvikar des Bistums Chur, fest. Dennoch ist er überzeugt, dass Aufklärung und Religion sich nicht ausschliessen.

Wie ist das Verhältnis zwischen Kirche und Staat heute? „Wir haben vergessen zu begründen, wie eine religiöse Gemeinschaft sich in einem Rechtsstaat verhält“, meint Grichting. Mit dem bei *fontis* erschienenen Buch „Im eigenen Namen, in eigener Verantwortung“ stellt er einen Vorschlag zur Diskussion, den er auch für andere Kirchen für prüfenswert hält. Grichtings Ausgangsfrage lautet: Wie können Religionen in einer Demokratie friedlich zusammenleben? Ist eine Religionsgemeinschaft mit einem Anspruch auf absolute Wahrheiten kompatibel mit dem säkularen Rechtsstaat, der für den Pluralismus der Anschauungen steht? Mitunter wegen der Islamdebatte bekommt auch die Frage nach der Trennung von Kirche und Staat wieder Brisanz.

Für Grichting geht es darum, weniger auf die religiöse Institution als vielmehr auf den einzelnen Gläubigen zu setzen. Sie sollen in ihrem eigenen Namen in der Gesellschaft handeln. Die kirchliche Hierarchie soll sich in der Tagespolitik zurückhalten und auf ihren eigentlichen Auftrag besinnen. So muss sich eine Religionsgemeinschaft, die sich ans geltende Recht hält, nicht dem Zeitgeist anpassen. Hingegen werden Ambitionen auf einen Gottesstaat oder die Überordnung der religiösen Lehre über das weltliche Gesetz abgewehrt.

Auf dem Podium herrschte seltene Einheit. Für die Politiker war völlig klar, dass die Kirche sich nicht in die Politik einmischen soll. Keiner widersprach; Reformierte und Linke fehlten. Petra Gössi erzählte, wie sie vom Pfarrer wegen eines neuen Spitalkonzepts im Gottesdienst „abgekanzelt“ worden sei. Abstimmungsempfehlungen von Kirchenseite, beispielsweise zu Ladenöffnungszeiten, Energiestrategie, No Billag wurden unisono als nicht hilfreich bezeichnet. „Die Bibel setzt Nor-



Christian Dorer (Moderation), Martin Grichting, Petra Gössi, Gerhard Pfister, Gregor Rutz: Soll die Kirche politisieren?

men. Man kann aus ihr aber nicht ableiten, ob man Steuern erhöhen oder senken soll“, meinte Gerhard Pfister. Und: „Wenn früher die Einheit zwischen Altar und Thron war, dann ist die Einheit heute zwischen Altar und Genosse.“ Die Kirche mache sich überflüssig, wenn sie bloss die Positionen der Linken übernehme. Das sieht auch Gregor Rutz so. In der politischen Diskussion solle man über alles reden. Aber es sei manchmal unklar, in wessen Namen geredet werde. Die Vertreter der staatskirchenrechtlichen Körperschaften würden manchmal regelrecht mit den Politikern verschmelzen.

Welches sind Bereiche, in denen die Kirche ihre Stimme erheben muss? „Das fängt beim Recht auf Leben an“, so Grichting. Die Menschenwürde müsse in jeder Phase des Lebens gewahrt bleiben. Ja, die Kirche solle sich zu fundamentalen Fragen äussern, so CVP-Präsident Pfister. Dennoch müsse sie Volksentscheide wie die Fristenlösung akzeptieren. SVP-Mann Rutz warf ein, dass die Kirche gegen die Ausschaffung eines Kosovaren gekämpft habe, obwohl es dabei um die Durchsetzung der Rechtsordnung gegangen sei. Wenn es um Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung geht, müssen Kirchenleitungen abwägen, ob sie sich öffentlich einmischen wollen.

Und der Islam? Unterstützen islamische Quellen den demokratischen Verfassungsstaat? Während Gössi auf Integration und Rechtsordnung setzt, sieht Pfister ein Problem, wenn Ausnahmen im Namen der Religionsfreiheit gemacht werden. Rutz warnte, vor lauter Toleranz nicht die eigenen Prinzipien aufzugeben. Dass dies auch eine Gefahr für die Kirche ist, bestätigte Martin Grichting. Im Bereich des Lebensrechts stehe sie unter enormem gesellschaftlichen Druck, um mehrheitsfähig zu bleiben und keine Privilegien zu verlieren. (rh)